

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

24. Jahrgang

Berlin, den 22. Februar 1957

Nummer 8

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Bücherei

des

Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte Februar 1957

Zur internationalen Konjunktur

Die Ausstrahlungen des Suez-Konflikts, die vorübergehend dem internationalen Wirtschaftsgeschehen, vor allem den Vorgängen an den Weltwarenmärkten und am Weltfrachtenmarkt ihren Stempel aufdrückten, sind gegenwärtig wieder hinter den konjunkturellen Kräften zurückgetreten. Behinderungen in der Abwicklung des internationalen Warenaustausches durch die Blockierung des Suez-Kanals haben sich ebenso wie die Schwierigkeiten in der Erdölversorgung nicht als so schwerwiegend erwiesen, daß sie nicht durch die den Marktwirtschaften innewohnende, häufig unterschätzte Anpassungsfähigkeit — allerdings unterstützt durch den milden Winter — ohne nachhaltige Rückwirkungen auf die allgemeine Wirtschaftstätigkeit hätten überwunden werden können. Zwar kann die Deckung des in den kommenden Monaten saisonal bedingten erhöhten Erdölbedarfs in Europa noch nicht als völlig gesichert angesehen werden, doch scheint sie ernsthaft nur durch eine erneute Verschlechterung der politischen Lage gefährdet werden zu können. Der Suez-Konflikt wird jedoch als wenig erfreuliches Erbe neben den gestiegenen Erdölpreisen ein erhöhtes Frachtniveau hinterlassen, das den gesamten über See abgewickelten Gütertausch verteuert. Wenn auch die Frachthäuser ihren Höhepunkt ohne Zweifel schon vor einigen Wochen überschritten hat, so ist die jüngste Entwicklung durch ein Nachziehen der Frachtraten in der Linienschiffahrt mit Steigerungen in einer Größenordnung von 10 bis 15 vH gekennzeichnet. Ein Rückgang der Raten nach Überwindung der gegenwärtigen Erschwerungen auf ihr Ausgangsniveau ist wenig wahrscheinlich, hatten die Frachten in der Linienschiffahrt doch schon längere Zeit vor dem Ausbruch des Suez-Konfliktes steigende Tendenz.

Demgegenüber sind heute die Preisbewegungen an den Weltwarenmärkten in erster Linie Spiegelbild der widerspruchsvollen Entwicklungstendenzen in den führenden Industrieländern, insbesondere den Vereinigten Staaten von Amerika. Vor allem zeigen sich ausgeprägte Preisrückgänge bei den NE-Metallen und Schrott, die im gesamten Preisindex die Preisfestigungen einzelner Waren überkompensieren.

Die konjunkturelle Problematik, vor die sich mit nur unwesentlichen Differenzierungen die führenden Industrieländer der westlichen Welt gestellt sehen, liegt darin begründet, daß die Verlangsamung des Produktionsanstiegs oder in Einzelfällen die Stagnation der Produktion bei kaum vermindert offenem oder latentem Preisauftrieb anhält. Die Unsicherheit, die von dieser Konstellation auf das marktwirtschaftliche Geschehen ausgeht, hat in den letzten Wochen verstärkt die Vereinigten Staaten von Amerika ergriffen.

Die expansiven Kräfte, in erster Linie die Investitionsaufwendungen der Wirtschaft für Anlagezwecke, haben sich stark abgeschwächt und drohen völlig zum Erliegen zu kommen. So unterschreiten zum Beispiel die Auftragsgänge bei der Werkzeugmaschinenindustrie schon seit vier Monaten den jeweiligen Vorjahrsstand, wenn auch der Auftragsbestand noch groß genug ist, um die volle Beschäftigung dieser Industriezweige in den nächsten Monaten zu sichern. Der private Verbrauch ist im Zuge der Einkommenssteigerungen ebenfalls gewachsen, jedoch langsamer als die verfügbaren Einkommen. Mit einer weiteren Zunahme der Sparneigung ist mit großer Wahrscheinlichkeit zu rechnen, da sich der Käuferwiderstand gegen die in jüngster Zeit vorgenommenen Preisanhebungen der Konsumgüter versteift und den Handel bei scharfem Wettbewerb

zunehmend zwingt, unter den Listenpreisen zu verkaufen. Auch der Wohnungsbau, der einerseits unter der Kreditverteuerung und -verknappung, anderseits unter den gestiegenen Baukosten leidet (+ 8,4 vH bzw. 4,8 vH November 1956 gegenüber November 1954 bzw. November 1955), wird trotz der bereits vor einiger Zeit zugebilligten Erleichterungen kurzfristig kaum eine Belebung erfahren. Diese Tatsache wird sich zwangsläufig weiter ungünstig auf die Unternehmungen auswirken, die Haushaltsgegenstände herstellen und deren Kapazitätsausnutzung nach vorliegenden Berechnungen nicht mehr 65 vH beträgt. Mit steigenden Aufwendungen für die Lagerinvestitionen kann bei der allgemein als angemessen angesehenen Lagerhaltung ebenfalls nicht gerechnet werden; anderseits wird ein Lagerabbau so lange kaum erstrebt werden, wie nicht ein Absatzrückgang die Lagerhaltung überhöht erscheinen läßt. Das bedeutet, daß die Lagerinvestitionen in der gegenwärtigen amerikanischen Situation weniger einen autonomen Faktor im Wirtschaftsablauf darstellen, als vielmehr von diesem bestimmt werden. Nur die Ausgabengestaltung der Öffentlichen Hand — sowohl des amerikanischen Bundes als auch der Staaten und Gemeinden — läßt eine Steigerung der Endnachfrage erwarten. Jedoch muß bezweifelt werden, daß diese Ausgabenerhöhungen, die zu einem Teil den gestiegenen Preisen Rechnung tragen und nur zu einem anderen Teil eine mengenmäßige Zunahme der Nachfrage zum Ausdruck bringen, genügen werden, ein Wirtschaftswachstum auch über die nächsten Monate hinaus zu sichern. Wenn die Vereinigten Staaten, ähnlich wie die Bundesrepublik, in der letzten Zeit in dem Ausfuhrüberschuß eine wichtige konjunkturelle Stütze hatten, so wird auch ein weiter wachsender Ausfuhrüberschuß für einen eventuellen Rückgang der binnenwirtschaftlichen Nachfrage kaum einen vollen Ausgleich bieten können.

Deutlich spiegelt der Geld- und Kapitalmarkt in den Vereinigten Staaten die konjunkturelle Unsicherheit. Wenn auch der amerikanische Kapitalmarkt weitaus reichlicher aus der hohen Ersparnisbildung der privaten Haushalte gespeist wird, und damit funktionsfähiger als etwa der deutsche ist, so hat die amerikanische Wirtschaftspolitik in viel stärkerem Maße als etwa die deutsche, aber ähnlich der britischen, in ihren kreditpolitischen Maßnahmen auf die große öffentliche Verschuldung Rücksicht zu nehmen. Sie darf dabei ebensowenig die Frage der Belastung der Öffentlichen Hand bei notwendig werdenden Konversionsoperationen aus dem Auge lassen, wie etwa optische Gründe bei der Kursgestaltung staatlicher Schuldverschreibungen. So hat die amerikanische Zentralbank durch ihre Offen-Markt-Operationen in der letzten Zeit eine gewisse Verflüssigung am Geld- und Kapitalmarkt zugelassen, die sich in einer recht beachtlichen Kurserrhöhung der staatlichen Schuldverschreibungen

äußert. Der starke Kursverlust bei den Aktien am 11. und 12. Februar, der dadurch bedingt war, daß ein in seiner Größenordnung übliches Angebot nur zögernd Aufnahme fand, nicht aber aus einer übermäßigen Abgabeneigung resultierte, dürfte daher auch weniger mit der aktuellen Geld- und Kapitalmarktverfassung in Zusammenhang stehen, als vielmehr durch psychologische Faktoren und darüber hinaus durch die Absicht der Investoren erklärt werden, vor einer eventuellen wirtschaftlichen Abschwächung in Obligationen umzusteigen. Wenn sich die Anzeichen für eine wirtschaftliche Abschwächung verstärken sollten, muß mit einem Fortgang solcher Transaktionen gerechnet werden.

Eine nochmalige Verschärfung der Liquiditätsanspannung am Geldmarkt nach Abwicklung der gegenwärtigen Konversionsoperation des amerikanischen Bundes ist wenig wahrscheinlich, solange die gegenwärtige Nachfragezurückhaltung im privaten Bereich anhält. Entscheidend in dieser Situation ist, daß die sich in den Auftrags-eingängen, Einzelhandelsumsätzen, Beschäftigtenzahlen, Schrottpreisen und der Ausnutzung der Stahlkapazität niederschlagende Nachfragezurückhaltung — allerdings auf oder nahe dem bisherigen Rekordniveau — in eine Periode fällt, in der dank der vorangegangenen und weiterhin hohen Investitionsaufwendungen für Anlagezwecke mehr und bessere Produktionsstätten zur Verfügung stehen. Der durch die Ausweitung und Rationalisierung des Produktionsapparates geschaffene Spielraum bei der Güterproduktion wird zweifellos in dem Bestreben, die vorhandenen Kapazitäten optimal zu nutzen und den Marktanteil zu sichern bzw. auszudehnen, den Wettbewerb in der amerikanischen Wirtschaft intensivieren und von dieser Seite Preisauftriebstendenzen entgegenwirken. Auch werden Produktivitätsfortschritte (im letzten Quartal 1956 wurden in Umkehrung der in dem vorangegangenen Zeitraum vorherrschenden Tendenz erstmals wieder größere Produktivitätssteigerungen erzielt) die auch für das laufende Jahr bereits vereinbarten und darüber hinaus noch zu erwartenden Lohnerhöhungen leichter absorbieren lassen als dies im vergangenen Jahre bei einer beträchtlichen Diskrepanz zwischen Lohn- und Produktivitätsentwicklung möglich war.

Der Apell der amerikanischen Regierung, freiwillig Maß zu halten, hat in der amerikanischen Wirtschaft und in Gewerkschaftskreisen offensichtlich wenig Widerhall gefunden. Auch mit der Einführung von Preis- und Lohnkontrollen wird in der Öffentlichkeit ernsthaft nicht gerechnet. Zweifellos ist eine Lockerung der restriktiven Konjunkturpolitik jedoch erst zu einem Zeitpunkt zu erwarten, wenn gesamtwirtschaftlich Preisauftriebstendenzen durch ein wachsendes Angebot unmöglich gemacht werden.

Westdeutschland

Die optimistische Erwartung, daß durch die anregenden Wirkungen der autonomen Erhöhungen des Masseneinkommens im letzten Viertel des vergangenen Jahres sowie durch die günstigere Auftragsentwicklung im November vorigen Jahres die Verlangsamung im Wachstum der industriellen Erzeugung wieder einem stärkeren Fortschritt Platz machen würde, hat sich nicht bestätigt. Die Industrieerzeugung ging im Dezember vielmehr konjunkturell weiter zurück und die Abschwächung in der Fortschrittsrate des industriellen Bereichs hielt damit an. Hierbei wies die Investitionsgüterindustrie gegenüber dem Vorjahr überhaupt keinen Fortschritt mehr auf, so daß nur durch den noch erzielten Fortschritt der Grundstoff- und der Verbrauchsgüterindustrien von 5 bzw. 4,5 vH ein Wachstum der industriellen Erzeugung insgesamt von rd. 3 vH erreicht werden konnte. Diese weitere Verlangsamung im Zuwachs der Industrieerzeugung ging mit einem weiteren Kapazitätswachstum der industriellen Produktionsstätten Hand in Hand (siehe hierzu Wochenbericht Nr. 6 vom 8. Februar 1957 „Zur Entwicklung des Anlagevermögens und der Kapazitätsausnutzung der westdeutschen Industrien“). Da auch das unausgenutzte Arbeitskräftepotential durch die stärker als im Vorjahr zunehmende Arbeitslosigkeit erweitert wurde, spielten somit die Faktoren Kapazitäts- und Arbeitskräftemangel, anders als im Vorjahr, für die anhaltende Verlangsamung keine oder wenn, dann jedenfalls nur eine partielle Rolle. Entscheidend blieb vielmehr, daß sich trotz der oben genannten anregenden Impulse die Tendenzen einer weiterhin schwachen Investitionsneigung unverändert durchsetzten.

Trotz der sehr fühlbaren Dämpfung der westdeutschen Investitionstätigkeit konnte der eigentliche Zweck dieser Dämpfung, nämlich die Unterbindung des Preisauftriebs, nicht oder jedenfalls nicht in dem Maße erreicht werden, wie dies im Interesse eines ausgeglichenen Wachstums des Sozialprodukts notwendig gewesen wäre. Seit Oktober vergangenen Jahres ziehen die Erzeugerpreise industrieller Produkte wieder an, und auch der Lebenshaltungskostenindex zeigt nach den jetzt vorliegenden Januar-Ergebnissen weiter leicht steigende Tendenz. Wir befinden uns damit erstmalig seit der Währungsreform in einer konjunkturellen Situation, in der ein stark verlangsamtes Wachstum der Güterseite mit tendenziell unverkennbarer Steigerung des allgemeinen Preisniveaus Hand in Hand geht, ohne daß allgemeine Kapazitätsengpässe hierfür verantwortlich gemacht werden könnten.

Auch in den nächsten Monaten wird man kaum mit einer stärkeren Abschwächung des allgemeinen Preisauftriebs rechnen können, denn der Prozeß der Abwälzung gestiegener Kosten ist bis jetzt noch nicht abgeschlossen. Die Einkommensentwick-

lung — gefördert durch die oben erwähnten autonomen Einkommenserhöhungen — gestattet vorerst noch, daß höhere Preise vom Markt bewilligt werden. Jetzt wirksam gewordene Preissteigerungen im Bereich der industriellen Weiterverarbeitung können daher vorerst noch als die vielleicht verspätete Anpassung an vorangegangene Kostenerhöhungen gekennzeichnet werden. Aber unter der Bedingung eines sich weiter stark verlangsamenden Expansionstempos — und zwar nicht nur des realen, sondern auch des nominalen Fortschritts — wird dieses Abwälzen erhöhter Kosten auf die Preise schneller als vielleicht heute noch vermutet, auf unüberschreitbare Grenzen stoßen. Auch wenn in der nächsten Zukunft weitere autonome Einkommenssteigerungen (Rentenreform) und weiter anhaltende expansive Kräfte unserer Außenwirtschaft zu erwarten sind, so ist doch unverkennbar, daß derjenige Faktor, der entscheidend die Voraussetzungen für einen anhaltenden Preisauftrieb schaffen könnte, nämlich ein erneuter Investitionsboom, heute und in der nächsten Zukunft wohl kaum eine Rolle spielen dürfte. Das heißt selbstverständlich nicht, daß die Investition als die wichtigste Komponente des allgemeinen wirtschaftlichen Fortschritts mit restriktiven Mitteln der Kredit- oder Fiskalpolitik auf ein Niveau gedrückt werden sollte, das bei Erreichung der Preisstabilität mit chronischer Unterbeschäftigung verbunden wäre, aber es heißt, daß jede Übersteigerung der Investition, die zu allgemeinen Preissteigerungen führt, ebenso selbstverständlich in Schranken gehalten wird. Unter dem Einfluß der auch bei stagnierender, aber noch positiver Nettoinvestition stetig weiter wachsenden Kapazitäten, die bei langsamer wachsendem nominalen Gesamteinkommen naturgemäß über und durch die hieraus resultierende, verringerte Kapazitätsauslastung den Konkurrenzdruck in der Wirtschaft verschärfen, dürften die Möglichkeiten einer allgemeinen Preissteigerung, auf längere Dauer gesehen, geringer werden. Weiter wachsende Kapazitäten der industriellen Erzeugung und eine weitere Entspannung des Arbeitsmarktes würden andererseits jedoch die zur besseren Auslastung dieser Kapazitäten notwendige Erweiterung des nominalen Gesamteinkommens ermöglichen und rechtfertigen. Die noch zu erwartenden, weiteren autonomen Erhöhungen der Sozialeinkommen können unter diesem Aspekt eine durchaus positive Funktion ausüben, soweit sie die Abnahme des Zuwachses der von der Investition abhängigen Einkommen kompensieren. Der Versuch allerdings, über weiter forcierte Lohnforderungen, also von der Lohnseite her, den nominalen Einkommensstrom wieder kräftiger expandieren zu lassen, würde nicht nur die positive Wirkung der Rentenerhöhungen später ins Gegenteil verkehren, sondern dieser Versuch könnte auch unter diesen Bedingungen gerade für den Arbeitnehmer selbst ein Versuch am untauglichen Objekt sein. Der Erfolg

der Lohnrunde des vergangenen Jahres, nämlich die Tatsache, daß über einen verringerten Investitionszuwachs der Nettogewinnzuwachs der Unternehmer kleiner geworden ist und sich damit der Lohnanteil am Zuwachs des Sozialprodukts erhöhte, hat, wie nicht anders zu erwarten, Gegenkräfte ausgelöst. Diese Gegenkräfte äußern sich bereits in einem verstärkten Widerstand der Unternehmer gegen Lohnforderungen, und sie äußern sich vor allem in den Versuchen einzelner Bereiche der Wirtschaft, Kostenerhöhungen, also auch erhöhte Lohnkosten, durch Preissteigerungen weiterzugeben, die wiederum, wie bereits betont, im Rahmen einer weiter im Zuwachs nachlassenden und womöglich stagnierenden Investition nicht unbegrenzt in Richtung allgemeiner Preissteigerungen realisierbar sind. Als Kostenfaktor beeinflußt der Lohn in seiner Veränderung zwar nicht unmittelbar den Nettogewinn der Unternehmungen als Gesamtgröße, aber er kann die Investition selbst, d. h. die Investitionsausgaben, dann negativ beeinflussen, wenn es der Wirtschaft nicht mehr oder jedenfalls nicht mehr in dem für notwendig gehaltenen Ausmaß gelingt, Kostensteigerungen in den Preisen weiterzugeben. Allerdings kann diesem Ablauf eine sich bei stark steigenden Löhnen immer aufdrängende Substitution von Arbeitskräften durch vermehrten Maschineneinsatz entgegenwirken. Wirken sich aber generelle Lohnerrhöhungen zusammen mit solchen Kostensteigerungen, die, wie etwa erhöhte Einfuhrpreise, als Einkommen ohnehin nur dem Ausland und nicht dem Inland zufließen, lediglich negativ auf die Investitionsentwicklung der Wirtschaft aus, dann führen Lohnsteigerungen über Einschränkung der Investition schließ-

lich zur Unterbeschäftigung und erst von hier aus zu einer Korrektur der übersteigerten Lohnentwicklung.

Die noch vorhandenen Expansionskräfte konzentrierten sich fast ausschließlich auf die Außenwirtschaft, denn nur die Ausfuhrüberschüsse zeigten bis Ende des vergangenen Jahres eine nicht nur anhaltend hohe, sondern auch eine der Tendenz nach ständig größer werdende Zuwachsrate. Der Einfuhrüberschuß im Januar dieses Jahres dürfte im wesentlichen saisonale oder abrechnungstechnische Ursachen gehabt haben. Die Fortschrittsrate des privaten Verbrauchs ist zwar im vergangenen Jahr beträchtlich größer gewesen als die der Investition, aber sie zeigte keineswegs zunehmende, sondern ebenfalls abnehmende Tendenz. Für den weiteren Fortschritt bleibt in jedem Fall die Investition entscheidend. Die Hemmungen, die schon seit längerer Zeit von der Geld- und Kreditseite, wie auch von seiten der Öffentlichen Hand, die Investitionsneigung und Investitionsfähigkeit negativ beeinflussen, werden jedoch erst dann beseitigt werden, wenn die Wirtschaft von sich aus, Unternehmer wie Arbeitnehmer, die unter den heute gegebenen Bedingungen notwendigen Folgerungen zieht. Hierzu gehört nicht zum wenigsten auf seiten der Arbeitnehmer der Verzicht auf übersteigerte Lohnforderungen — was selbstverständlich Lohnerrhöhungen im Rahmen des möglichen Produktivitätsfortschrittes nicht ausschließt — und auf seiten der Unternehmer der Verzicht auf Preisforderungen, die auch dann, wenn sie im Einzelbereich realisiert werden können, für die Gesamtwirtschaft über weitere Einschränkung der Gesamtinvestition nur negative Folgen haben.

Zur Wirtschaftsentwicklung in der SBZ

Politische Ereignisse lösen Wirtschaftskrise aus

Die Ereignisse in Polen und Ungarn haben die politischen Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone bisher noch wenig berührt, desto stärker machen sich aber seit Ende 1956 Rückwirkungen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten jener Länder auf die Wirtschaft der SBZ bemerkbar; die Schwere und Dauer dieser Rückwirkungen sind noch nicht abzusehen. Der unverkennbare Wirtschaftsaufschwung in den letzten Jahren, der gleichzeitig mit einer aus politischen Gründen vorangetriebenen Integration der Ostblockwirtschaften verbunden war, erhöhte insbesondere die Einfuhrabhängigkeit der SBZ sowohl an industriellen Rohstoffen wie an Konsumgütern. Durch diese einseitige Ausrichtung des Außenhandels nach dem Ostblock mußten bereits bei einem kurzfristigen Lieferausfall schwerwiegende Disproportionen entstehen, die noch durch die für östliche Planwirtschaften typische niedrige Lagerhaltung

verstärkt wurden. Ähnlich wie heute hatten auch 1953 in der SBZ politische Vorgänge — allerdings im Innern —, denen Spannungen im Wirtschaftsgefüge vorausgegangen waren, trotz der Pläne eine Wirtschaftskrise ausgelöst. Jene Krise konnte damals freilich verhältnismäßig rasch durch Hilfslieferungen aus der Sowjetunion gemildert werden.¹⁾

Nach den Auffassungen östlicher Wirtschaftspolitik glaubte man bisher, das gesicherte Wachstum der Wirtschaft mit zentralverwaltungswirtschaftlichen Methoden erreichen zu können. Im Bericht auf der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED²⁾ wird nun überraschenderweise offen zugegeben, daß auch in der sowjetischen Planwirtschaft die Entwicklung nicht völlig geradlinig und ohne Störungen verlaufen kann, daß m. a. W. auch in Ländern mit zentralverwaltungswirtschaftlichem Lenkungsapparat konjunkturelle

¹⁾ Vgl. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2/1954, S. 140 f.

²⁾ Vgl. „Die Wirtschaft“ vom 7. 2. 1957.

Schwankungen nicht zu verhindern sind. Im Gegensatz zu wirtschaftlichen Schwankungen in den westlichen Ländern, die vorwiegend ökonomisch bedingt sind und denen durch eine markt-konforme Konjunkturpolitik begegnet werden kann, scheinen jedoch die Störungen im Wirtschaftsablauf der Zentralverwaltungswirtschaften zwar gleichfalls ökonomisch bedingt zu sein, aber vorwiegend durch politische Tatbestände in ihrer ganzen Breite ausgelöst und sichtbar zu werden. Die Krisenanfälligkeit dieser Länder ist durch die Unelastizität (starre Preise und Löhne, mangelhafte Lagerhaltung usw.), die die Anwendung marktausgleichender Mittel erschwert, offenbar politischen Ereignissen gegenüber viel größer als die westlicher Länder.

Drosselung überhöhter Planansätze

Eine ausführliche Berichterstattung über das Wirtschaftsjahr 1956 soll an dieser Stelle unterbleiben. Der soeben veröffentlichte Erfüllungsbericht der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik³⁾ läßt jedoch erkennen, daß im letzten Jahr nicht alle Erwartungen erfüllt worden sind, wobei in der Begründung die durch die politischen Spannungen entstandenen Schwierigkeiten noch kaum erwähnt werden. Die Industrie hat mit einem gemeldeten Zuwachs der Bruttoproduktion von 7 vH den Planansatz von 8,6 vH jedenfalls nicht erreicht. Insbesondere fällt der Rückstand der Energiewirtschaft, aber auch des Maschinenbaus (hauptsächlich des Schwermaschinenbaus) ins Gewicht. Dies hat offenbar die Durchführung der geplanten Investitionen verhindert. Die Zunahme der Investitionen ist zwar 1956 mit den gemeldeten 32 vH noch sehr hoch gewesen, hat aber die vorgesehene Steigerung von 40 vH nicht erreicht. Da eine volle Erfüllung der Pläne in der Bauwirtschaft gemeldet wird (Zunahme 20 vH), muß vor allem die Verbesserung der betrieblichen Ausrüstung weit hinter dem geplanten Umfang zurückgeblieben sein.

Das im Vergleich zu den bisherigen Planansätzen enttäuschende Ergebnis des abgelaufenen Wirtschaftsjahres muß natürlich zu einer Reduzierung der Ziele im Wirtschaftsjahr 1957 führen. Die bisher bekanntgegebenen Daten und Begründungen zeigen, daß die drastische Herabsetzung der im zweiten Fünfjahrplan besonders hochgesteckten Ziele im wesentlichen der erwähnten politisch bedingten Außenwirtschaftslage entspringt. Die industrielle Produktionsausweitung wird 1957 erheblich hinter der im Vorjahr gemeldeten Zuwachsrate von 7 vH zurückbleiben. Die staatlichen Investitionen können 1957 nur noch um 8 vH erhöht werden. Der Gesamtbetrag von höchstens 6,5 Mrd. DM, zu dem noch knapp 2 Mrd. DM aus Eigenmitteln der Betriebe und aus Krediten kommen dürften, soll fast ausschließlich zur Vollendung begonnener Investitionsvorhaben und zur Erhaltung des bestehenden Maschinenparks

verwandt werden, nachdem noch im 2. Fünfjahrplan die völlige Erneuerung mindestens der Hälfte aller Maschinen vorgesehen war. Neuinvestitionen dürfen nur dann in Angriff genommen werden, wenn sie kurzfristig zu einem höheren Produktionsausstoß führen. Kennzeichnend für die prekäre Situation ist, daß das „Staatliche Vermittlungskontor für Maschinen und Materialreserven“ durch Ausstattung mit größerer Vollzugsgewalt reorganisiert wurde⁴⁾, um wirkungsvoller als bisher ungenutzte Materialbestände und Maschinen zu erfassen und letztere, sofern sie bereits unbrauchbar geworden sind, nach Reparatur anderen Bedarfsträgern zuzuführen. Durch Steuererleichterungen soll weiterhin ein Anreiz für die Erhaltung und Instandsetzung des staatlichen und privaten Hausbesitzes geschaffen werden⁵⁾, da anscheinend die Mittel für Neubauten ebenfalls reduziert werden müssen. Wie aus Nachrichten der Zonenpresse hervorgeht, ist z. B. in einzelnen Bezirken der Abgang an Wohnraum durch Verfall zur Zeit größer als der Zugang durch Neubau oder Instandsetzung.

Die besonderen Engpaßsituationen

Ob die revidierten Pläne und die sonstigen Maßnahmen den jetzt gegebenen realen Möglichkeiten für das Wirtschaftswachstum gerecht werden können, steht selbst nach offiziellen sowjetzonalen Darlegungen noch in Frage; denn es wird mit aller Deutlichkeit auf die ungenügende Leistungsfähigkeit der Außenhandelspartner verwiesen. Entscheidend für die weitere Entwicklung dürfte daher die Überwindung der sichtbar gewordenen Engpässe bei der Kohlegewinnung (als Ersatz für Steinkohlen-Importe aus Polen) und der vorhandenen Schwierigkeiten im Außenhandel sein. Obwohl abbaufähige Braunkohlenfelder in der SBZ vorhanden sind, wird eine wesentliche Erhöhung der Inlandsförderung bei der unzureichenden Einsatzfähigkeit der Fördergeräte und Transportmittel kaum möglich sein. Eine ungenügende Bereitstellung von Kohle und Energie hemmt naturgemäß die gesamte Wirtschaft, und eine unzureichende Bevorratung verhindert die Überwindung des bisherigen Hauptübels, nämlich der immer wieder auftretenden Störungen im Produktionsablauf. Dieser Engpaß wird dadurch verstärkt, daß wenigstens vorläufig weitere Stromabschaltungen für den privaten Verbrauch vermieden werden sollen, um die Bevölkerung nicht noch weiter zu beunruhigen.

Die durch den Energieengpaß gehemmte Industrieproduktion kann aber auch die Exportleistungen zur Sicherstellung der erforderlichen Importe an Roh- und Grundstoffen sowie an Lebensmitteln nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stellen. Schon jetzt wird darüber geklagt, daß Einfuhren von Walzstahl, Wolle und Baumwolle aus dem letzten Quartal 1956 noch

³⁾ Vgl. „Neues Deutschland“ vom 14. 2. 1957.

⁴⁾ GBl. der DDR, Teil I, Jg. 1957, S. 103 ff.

⁵⁾ GBl. der DDR, Teil I, Jg. 1957, S. 89 ff.

nicht bezahlt sind. So kommt die mangelnde Lieferfähigkeit der SBZ auch im Interzonenhandel durch den bei der Bank deutscher Länder bis Ende Januar aufgelaufenen Schuldsaldo von 87 Mill. Verrechnungseinheiten zum Ausdruck. Da der Verschuldung Grenzen gesetzt sind, wird die SBZ ihre Importe bald weiter drosseln müssen. Der von der Sowjetunion im Januar 1957 eingeräumte Kredit in Höhe von 340 Mill. Rubel, der z. T. in freier Valuta zur Verfügung gestellt werden soll, dürfte bei der Höhe des allgemeinen Importbedarfes kaum ausreichen, um den dringenden Bedarf an ausländischen Waren für Produktion und Verbrauch zu decken.

Keine Verbesserung des privaten Verbrauchs

Die notwendige Reduzierung der Lebensmittelfuhren soll, wie jetzt zugegeben wird, durch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ausgeglichen werden, ein angesichts der allgemeinen Situation in der Landwirtschaft sehr unsicherer Wechsel auf die Zukunft. Auch die überplanmäßige Produktion von industriellen Verbrauchsgütern zur Versorgung der Bevölkerung scheint angesichts der unzureichenden Energie- und Rohstoffversorgung der Industrie nur ein wenig sicheres Versprechen, zumal schon 1956 die Leichtindustrie durch ihre Lieferungen z. T. Exportausfälle an Investitionsgütern hat ersetzen müssen und auch weiterhin die Nachfrage aus dem Ostblock verstärkt auf Verbrauchsgüter gerichtet zu sein scheint. Da einem errechneten Anstieg der kaufkräftigen Nachfrage um 2,6 Mrd. im Jahre 1957 nur eine Erhöhung des Warenfonds um 2 Mrd. DM gegenübergestellt werden kann, wird die Versorgungslücke schon heute sichtbar. Die Steigerung der nominellen Nachfrage (gewisse lohnpolitische Maßnahmen und die Rentenerhöhung) wird kaum wieder rückgängig gemacht werden können; daher liegt eine Anhebung des immerhin, wenn auch langsam, zurückgegangenen Preisniveaus für Konsumgüter nicht außerhalb der Möglichkeiten, denn ein umfangreicher Geldüberhang bei der Bevölkerung dürfte hier wohl

das größere Übel sein. Die wiederholt angekündigte Aufhebung der Rationierung bestimmter Lebensmittel dürfte sich wegen der in den letzten Monaten vor allem durch Importschwierigkeiten eingetretenen Verknappung des Angebots als sehr schwierig erweisen und nur möglich sein, wenn die Preise noch stärker als vorgesehen erhöht werden.

Straffere Befehlsgewalt in der Wirtschaft als Ausweg

Wie auf der 30. Tagung des ZK bekanntgegeben wurde, soll der Ausweg aus dem derzeitigen Dilemma durch die Wiedereinführung eines „straffen Kommandos“ gefunden werden, „um alle Fragen der Planung, Durchführung und Kontrolle zu vereinigen, um eine koordinierte Leistung unseres Wirtschaftsablaufes zu sichern, um unverzüglich und sachkundig Entscheidungen treffen zu können“, obwohl erst vor kurzem begonnen wurde, viele den obersten Behörden zustehenden Entscheidungsbefugnisse auf die untere Ebene zu verlagern. Die den Betrieben versprochene Selbständigkeit, etwa auf finanziellem Gebiet, wird aber illusorisch, wenn sich neuerdings die unmittelbar der Regierung unterstehende Plankommission wieder das ausschließliche Verfügungs- und damit Zuteilungsrecht an den wichtigsten Roh- und Grundstoffen vorbehält und wenn auf Betriebsebene selbstverantwortlich geplante Rationalisierungsinvestitionen und Generalreparaturen wegen fehlender Maschinen und Ausrüstungen unterbleiben müssen. Die Staatliche Plankommission soll im Zuge der Neuorganisation unter strenger Anlehnung an das sowjetische Vorbild nunmehr in zwei Kommissionen aufgeteilt werden (Wirtschaftskommission für die laufende Planung, Durchführung und Kontrolle des Wirtschaftsablaufs und Wirtschaftskommission für die Perspektivplanung). Nachdem durch die mannigfachen Umorganisationen des Lenkungsapparates bisher eine Besserung der ökonomischen Situation nicht erreicht werden konnte, müssen auch diese neuen Vorhaben nur mit Skepsis betrachtet werden.

Gegenstand	Einheit †)		1955		1956											
			Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Ver. Staaten von Amerika																
Bruttosozialprodukt	Mrd. \$	24)	.	401,9	.	.	403,4	.	.	408,3	.	.	413,8	.	.	424,0
Privater Verbrauch	"	24)	.	259,5	.	.	261,7	.	.	263,7	.	.	266,8	.	.	271,2
Bruttoinvestition, privat einschl. Außenbeitrag	"	24)	.	64,3	.	.	63,2	.	.	65,9	.	.	66,8	.	.	70,8
Öffentlicher Bedarf	"	24)	.	78,1	.	.	78,5	.	.	78,7	.	.	80,2	.	.	82,0
Beschäftigte, gesamt ¹⁾	1000	E	64807	64165	62891	62576	63078	63990	65238	66503	66855	66752	66071	66174	65269	64550
Arbeitslose	"	"	57887	58281	57256	57107	57400	57603	58092	58627	58955	59487	58683	59000	59076	59440
Produktion, gesamt ²⁾	1947/49 = 100	D	2398	2427	2885	2914	2834	2564	2608	2927	2833	2195	1998	1909	2463	2479
" Verarb. Industrie	"	"	143	144	143	143	141	143	141	141	136	142	145	146	146	147
" Bergbau	"	"	145	146	145	144	142	144	143	143	137	147	147	148	147	148
Lagerhaltung der verarb. Ind. ³⁾	Mill. \$	E	125	129	131	131	130	130	129	130	122	128	128	128	130	130
Außenhandel, Generaleinfuhr	"	S	45669	45923	46299	46897	47433	47958	48566	○)49080	49238	○)49535	50106	50815	51292	51400
" Generalausfuhr	"	"	1065	1008	○) 1073	1051	1102	○) 991	○) 1033	○) 1033	1051	○) 1050	993	1120	986	1023
Goldbestand, gesamt	"	E	○) 1321	1405	○) 1283	○) 1361	○) 1582	○) 1513	○) 1717	○) 1690	○) 1619	○) 1526	1522	1657	1515	1969
Zahlungsmittelumlauf, gesamt	"	"	21688	21690	21693	21695	21716	21743	21772	21799	21830	21858	21884	21910	21910	21949
Bankdebitionen, gesamt ⁴⁾	"	S	30993	31158	30228	30163	30339	30210	30513	30715	30604	30757	○)30768	30839	31424	31786
Konsumkredite, "	"	"	173190	200523	○)187364	○)162107	189793	176760	185584	186540	181284	183813	167154	193140	185223	201876
Emissionen, "	"	"	37114	38648	37848	37474	38222	38919	39454	39478	39878	39878	40074	40196	40631	.
" Neues Kapital ⁵⁾	"	"	1840	1913	1710	1998	1787	1876	2128	2161	○)1975	○)1508	1591	1925	1779	.
Aktienkurse (480 Aktien) ⁶⁾	1947/49 = 100	D	632	900	579	704	790	816	1144	830	○)1066	○) 669	836	778	1057	.
Kurse festverzinslicher Werte ⁷⁾	vH	"	322	327	323	324	347	347	344	341	357	357	344	337	334	340
Staatsentnahmen	Mill. \$	S	113,7	112,4	113,3	113,9	113,2	111,2	110,6	110,5	110,3	108,4	105,8	105,2	103,7	102,8
Staatsausgaben	"	"	5527	5337	4915	7158	12499	5562	7107	○)12598	3927	5959	6897	3660	5705	.
Großhandelspreise ⁸⁾	1947/49 = 100	D	5172	5651	5274	4950	5399	5387	5467	○)6937	5542	5902	4918	5995	5726	.
Lebenshaltungskosten ¹⁰⁾	" = 100	M	111,2	111,3	111,9	112,4	112,8	113,6	114,4	114,2	114,0	114,7	○)115,5	115,6	115,9	116,2
			115,0	114,7	114,6	114,6	114,7	114,9	115,4	116,2	117,0	116,8	○)117,1	117,7	117,8	118,0
Großbritannien																
Beschäftigte, gesamt ¹⁾	1000	E	23136	22998	22988	22951	22953	22990	23017	23031	23055	23099	○)23084	23191	23178	22989
Registrierte Arbeitslose	"	"	225,9	215,6	263,9	275,6	265,5	251,5	237,4	220,6	238,1	266,5	247,6	254,1	264,6	237,0
Produktion, gesamt ¹¹⁾	1948 = 100	D	146	138	139	142	141	137	136	142	128	○) 113	140	143	145	135
" Verarb. Industrie	"	"	152	142	143	146	145	○) 141	141	147	○) 130	○) 114	145	147	149	.
" Textilindustrie	"	"	125	111	122	123	119	115	113	120	101	94	120	122	.	
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. £	S	331,5	325,2	332,1	295,6	316,9	313,6	315,6	327,7	310,3	314,1	285,9	341,6	304,8	296,7
" Spezialausfuhr	"	"	262,2	253,7	257,9	246,1	271,3	256,4	283,8	276,1	266,2	253,4	222,2	294,9	291,9	253,7
Bank von England, Goldbestand	"	E	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4
" Notenumlauf	"	"	1795,7	1889,6	1770,7	1787,9	1841,3	1848,7	1871,3	1893,4	1979,2	1907,5	1881,4	1877,8	1906,3	1997,7
Emissionen, gesamt ¹²⁾	"	S	50,4	24,0	11,0	20,8	61,4	21,3	29,8	22,4	15,5	6,5	27,3	51,7	27,2	70,6
Aktienkurse (Financial Times)	1935 = 100	D	189,9	197,2	193,1	180,3	175,6	187,7	188,1	177,7	179,4	182,7	181,2	178,1	168,9	174,1
Staatsentnahmen	Mill. £	S	375,1	354,4	836,4	693,1	521,5	269,7	335,6	306,6	283,3	374,8	362,8	272,3	390,2	373,6
Staatsausgaben	"	"	352,0	486,1	336,7	386,4	548,1	324,4	311,2	428,0	301,9	397,0	488,8	364,1	353,4	559,3
Großhandelspreise Industrieller Güter ¹³⁾	30.6. 1949 = 100	D	132,0	132,5	133,3	134,1	134,8	135,1	135,4	135,4	135,4	○)135,8	○)136,0	○)136,4	136,4	136,7
Lebenshaltungskosten ¹⁴⁾	Juni 1947 = 100	"	154	154	153	153	153	155	158	157	157	156	157	158	158	159
Frankreich																
Arbeitslose ¹⁵⁾	1000	E	42,7	44,0	48,5	49,7	44,7	38,9	33,2	28,6	25,1	23,8	21,2	20,8	21,6	23,1
Produktion ¹⁶⁾	1938 = 100	D	185	179	184	181	188	193	200	196	○) 185	○) 133	187	194	198	.
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mrd. frs.	S	140,1	176,7	124,9	147,1	172,3	164,0	174,4	175,4	166,2	150,0	151,1	181,9	168,0	.
" Spezialausfuhr	"	"	137,5	201,3	113,3	123,1	141,8	140,3	129,4	139,0	134,9	120,1	118,1	144,0	150,4	.
Bank v. Frankreich, Goldbestand	"	E	201	301	301	301	301	301	301	301	301	301	301	301	301	301
" Notenumlauf	"	"	2737	2820	2807	2847	2877	2872	2862	2890	2932	2979	2982	2988	2965	3047
Emissionen v. Obligationen	"	S	10,3	16,7	5,9	2,6	20,2	20,5	0,1	—	26,2	0	—	0,2	0,1	.
Aktienkurse (122 Ind.-Akt.)	1949 = 100	D	319	326	316	309	327	341	344	361	393	381	380	379	334	366
Kurse festverzinslicher Werte	"	"	129,2	130,6	132,2	132,9	133,6	135,9	135,5	133,5	135,8	134,5	128,9	127,9	126,1	126,9
Großhandelspreise (319 Waren)	"	"	137,4	137,7	138,9	142,9	140,2	141,4	142,7	140,9	140,3	142,4	141,6	141,0	143,1	144,3
Lebenshaltungskost. (Paris, 34W)	"	"	146,1	146,3	146,8	147,9	148,1	147,5	148,5	147,1	146,7	147,1	148,3	148,0	148,2	148,1
Niederlande																
Arbeitslose ¹⁷⁾	1000	E	55,1	77,5	84,6	88,9	○) 59,6	46,3	35,0	34,4	35,3	34,1	29,6	32,2	42,9	62,9
Produktion, arbeitstäglich	1953 = 100	D	○) 123	○) 124	○) 115	○) 113	○) 123	○) 127	○) 132	○) 130	○) 118	○) 114	128	128	133	.
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. hfl.	S	1145	1047	1153	996	1084	1193	1136	1222	1227	1156	1191	1341	1288	.
" Spezialausfuhr	"	"	972	898	937	740	861	982	933	899	796	857	999	1016	1008	.
Niederländ. Bank, Goldbestand	"	E	3241	3275	3275	3301	3315	3322	3271	3231	3226	3226	3230	3230	3230	3192
" Notenumlauf ¹⁸⁾	"	"	3852	3955	3877	3876	3851	3885	4006	3925	4141	3998	○)3915	4007	3923	4073
Emissionen ¹⁹⁾	"	S	40,8	73,1	58,9	37,1	8,8	61,6	428,3	91,1	29,4	3,5	90,5	44,3	35,7	33,0
Aktienkurse	1953 = 100	D	215,8	221,9	216,8	209,1	218,2	223,0	230,0	218,8	221,6	217,4	214,0	213,4	197,7	196,6
Großhandelspreise	1948 = 100	"	137	137	138	139	140	142	139	139	138	139	140	141	141	.
Lebenshaltungskosten	1951 = 100	M	105	105	105	106	107	107	106	108	107	108	109	108	109	.
Belgien																
Arbeitslose ²⁰⁾	1000	D	130	173	236	342	166	135	115	113	98	100	87	90	109	142
Produktion, gesamt ²¹⁾	1953 = 100	"	114	118	112	105	122	112	○) 115	118	96	109	114	125	.	.
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. frs.	S	12315	13233	12347	11675	13937	13241	13699	○)13687	○)13156	○)13213	12899	15112	14399	13378
" Spezialausfuhr	"	"	11813	14424	13075	11725	13330	13593	14175	13873	12148	○)12131	12991	14236	12852	13878
National Bank, Goldbestand	"	E	46100	46400	46600	47800										

Gegenstand	Einheit †	Woche:	Vorjahr					Gegenwart								
			15.-21. Jan. 1956	22.-28. Jan. 1956	29. Jan. bis 4. Febr. 1956	5.-11. Febr. 1956	12.-18. Febr. 1956	16.-22. Dez. 1956	23.-29. Dez. 1956	30. Dez. 1956 bis 5. Jan. 1957	6.-12. Jan. 1957	13.-19. Jan. 1957	20.-26. Jan. 1957	27. Jan. bis 2. Febr. 1957	3.-9. Febr. 1957	10.-16. Febr. 1957
			3.	4.	5.	6.	7.	51.	52.	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
Produktion																
Geschäftstätigkeit in USA	1947/49 = 100	Sa	145,1	145,4	143,8	142,8	142,6	147,1	147,0	145,3	146,5	144,8	145,9	145,8	-	-
Industrieproduktion in USA	"	"	165,7	167,1	166,4	167,2	165,9	173,4	171,7	173,5	170,8	173,6	174,4	172,6	173,1	-
Steinkohlenföderung. in Westdtschl.)	1000 t	WS	2697	2713	2658	2677	2620	2984	1527	1687	2807	2818	2486	2831	2530	-
" " " " Großbritannien	"	"	4714	4597	4404	4594	4566	4677	2191	3624	4800	4836	4832	4784	4806	4801
Kohlenförderung in USA	"	"	9571	9398	8913	9253	9163	9993	4822	6763	9376	8958	9258	7956	-	-
Rohstahlerzeugung in Westdeutschl.)	"	"	277	280	257	273	259	304	170	198	289	291	292	291	287	-
" " " " USA	"	"	2169	2189	2183	2180	2185	2278	2150	2276	2283	2283	2264	2254	2243	-
Kraftwerkherstellung in USA	1000 Stück	"	179	172	175	169	161	187	118	108	117	179	178	179	173	-
Stromverbrauch in West-Berlin 2)	Mill. kWh	"	35,8	35,8	38,1	37,6	38,0	40,6	33,8	36,3	39,1	40,6	39,5	39,2	36,8	37,2
Güterverkehr																
Wagengestellung b. d. Dt. Bundesbahn	1000 Wagen	WS	358,4	363,3	335,7	345,8	318,1	399,9	219,8	284,1	374,4	369,8	361,1	369,0	-	-
Zahlungsverkehr																
Zahlungsmittelumlauf in Westdeutschland u. West-Berlin	Mill. DM	BSt	-	12792	14347	13611	13226	15126	-	15591	14806	14205	13464	15229	14482	-
Notenumlauf d. Bank von England	£	Mi	1787	1772	1771	1777	1779	1997	1998	1967	1928	1890	1867	1862	1863	1862
" " " Bank von Frankreich	Mrd. frs.	Do	2752	2741	2807	2802	2757	2982	3047	3087	3058	2992	2964	3045	3032	-
" " " " Niederländ. Bank	Mill. hfl.	Mo	3796	3762	3877	3838	3775	3884	4081	4074	3955	3861	3825	3892	3916	3833
" " " " Belgischen Nationalbk.	"	Do	104279	103247	105067	105129	104528	108975	109883	111447	110353	108895	108347	109773	110148	109102
" " " " Schweizer	"	BSt	-	5061	5130	5028	4954	5802	-	5810	5558	5362	5307	5394	5272	-
" " " " Schwedischen	"	skr.	-	4849	5051	4846	4801	5804	-	5602	5313	5124	5083	5336	5094	-
Zahlungsmittelumlauf in USA	"	£	30632	30361	30223	30219	30247	31835	31992	31829	31479	31108	30827	30607	30595	30641
Geld- und Kapitalmarkt																
<i>Bank deutscher Länder</i>																
Goldbestand	Mill. DM	BSt	-	3992	3992	3992	4151	6223	-	6231	6231	6531	6531	6531	6531	-
Inlandswechsel	"	"	-	2144	2440	2336	2198	756	-	898	886	830	672	644	713	-
Lombardforderungen	"	"	-	21	179	-	-	-	-	105	-	-	-	54	-	
Vorschüsse an die öfötl. Verwaltung	"	"	-	105	106	129	130	42	-	47	25	31	27	29	28	
Forderungen gegen die öfötl. Hand	"	"	-	1534	1534	1534	1533	1537	-	1537	1537	1537	1537	1537	1537	
Einlagen	"	"	-	4698	3940	4457	4868	5594	-	5731	6245	6803	7497	5877	6804	
dar. Einlagen der Bundesdienststellen	"	"	-	3862	3537	3466	4238	4370	-	3814	3857	5020	5502	5005	4882	
<i>480 repräsentative Geldinstitute in Westdeutschland</i>																
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken	"	"	-	-	18612	-	18665	-	-	19702	-	19899	-	-	-	
Einlagen von Nichtbanken	"	"	-	-	29171	-	29434	-	-	33024	-	32503	-	-	-	
darunter Spareinlagen	"	"	-	-	11572	-	11687	-	-	12693	-	12820	-	-	-	
<i>Berliner Zentralbank</i>																
Wechsel	"	"	-	98,3	80,6	98,0	96,0	25,1	-	26,9	17,9	14,4	19,6	41,8	39,4	28,0
Angekaufte Ausgleichsforderungen	"	"	-	188,8	188,8	188,8	187,8	176,8	-	175,9	175,9	175,9	175,8	175,7	174,7	
Einlagen	"	"	-	269,1	198,2	257,3	263,5	238,8	-	246,0	293,0	250,9	238,5	208,4	267,3	
<i>Bank von England</i>																
Regierungspapiere d. Emissionsabtgl.	Mill. £	Mi	1821,2	1821,3	1821,3	1821,2	1821,3	2021,2	2021,2	2021,2	1971,3	1921,3	1921,2	1921,2	1921,3	
Forderungen der Bankabteilung	"	"	296,0	284,7	286,5	285,8	306,6	277,6	278,7	265,5	281,9	286,6	257,9	275,2	269,4	
Einlagen	"	"	319,0	322,3	325,0	317,7	336,7	289,9	290,1	305,7	312,7	306,0	299,5	322,5	315,2	
<i>Bundes-Reserve-Banken in USA</i>																
Aktiva insgesamt	Mill. \$	Mi	51789	51127	51028	50315	51551	54271	52677	-	52202	52864	-	-	-	
darunter: Goldzertifikate	"	"	20151	20151	20156	20156	20156	20366	20394	-	20389	20389	-	-	-	
Regierungspapiere	"	"	23690	23507	23469	23444	23346	24909	24940	-	24569	24142	-	-	-	
Einlagen insgesamt	"	"	20141	19920	20007	19664	19943	21178	20376	-	20205	20193	-	-	-	
darunter: Regierungseinlagen	"	"	289	461	398	305	440	770	533	-	363	286	-	-	-	
<i>Zinssätze</i>																
Tagesgeld in London	% p. a.	Sa	2-3	2 3/4	2 3/4-4 1/8	2 3/4-4	3 1/2-4 1/2	3 3/4-4 3/4	3 3/4-4 3/4	3 3/4-4 3/4	3-4 1/2	3 1/2-4 1/2	3 3/4-4 1/4	3 3/4-4 1/4	3 1/4-4 1/4	3 1/4-4 1/8
Handelswechsel, 3 Mon., London	"	"	5-5 1/4	5-5 3/4	5-5 3/4	5-5 3/4	6-6 1/2	6-6 1/2	6-6 1/2	6-6 1/2	6-6 1/2	6-6 1/2	5 3/4-6 1/2	5 3/4-6 1/2	5 1/2-6	5 1/2-6
<i>Effektenmarkt</i>																
Kursdurchschnitte festverzinsl. Werte	vH	BSt	-	90,07	89,98	89,92	89,81	80,65	-	81,17	81,14	81,33	81,09	80,45	80,23	
4%ige RM-Wertpapiere, auf DM 3)	"	"	-	99,94	100,19	100,19	100,13	100,00	-	100,00	100,63	100,44	100,25	100,19	100,19	
5%ige DM-Bundesanleihe 3)	"	"	-	100,35	100,27	100,27	100,22	92,54	-	92,90	92,96	92,38	91,83	91,20	90,80	
5%ige DM-Pfandbriefe 3)	"	"	-	100,52	100,52	100,43	100,16	93,53	-	93,59	93,49	93,04	92,33	91,58	91,48	
5%ige DM-Komm.-Obligationen 3)	"	"	-	98,94	98,88	98,81	-	93,90	-	94,15	93,85	93,75	93,50	93,13	92,90	
6%ige DM-Pfandbriefe 3)	"	"	-	103,40	103,44	103,10	102,84	98,19	-	99,03	99,54	99,73	99,03	98,55	98,35	
8%ige DM-Industrieobligationen 3)	"	"	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Aktienindex, Westdeutschland 4)	31. Dez. 54 = 100	Fr	119,5	119,0	118,0	116,8	115,3	105,4	106,6	107,5	108,6	107,9	105,1	105,2	103,1	103,4
Aktienindex, Großbritannien 5)	1. 7. 1935 = 100	Fr	189,1	188,1	188,9	182,6	174,0	177,4	178,2	182,9	181,3	183,3	187,6	186,4	187,0	185,2
Aktienindex, USA 6)	1. 7. 1935 = 100	Fr	464,4	466,6	477,4	467,7	477,1	494,4	496,4	498,2	493,8	477,5	478,3	477,2	466,3	468,1
Wechselkurse																
DM-Noten, Freiverkehr, Zürich	sfrs. je 100 DM	BSt	-	101,30	101,41	101,40	101,45	100,70	-	100,60	100,58	100,80	100,95	100,95	101,05	100,80
" " " New York	¢ je 100 DM	"	-	23,60	23,60	23,60	23,60	23,45	-	23,45	23,45	23,45	23,45	23,56	23,56	
" " " Paris	frs. je DM	"	-	83,95	83,98	83,87	83,89	83,89	-	83,96	83,95	83,94	83,96	83,96	83,96	
DM-Ost, Mittelkurs, Berlin	je DM-West	Fr	4,25	4,27	4,32	4,27	4,15	4,18	4,25	4,13	4,10	4,13	4,20	4,20	4,20	
Weltrohstoffpreise																
<i>Indizes</i>																
Moody's Index	31. 12. 31 = 100	Fr	403,1	407,8	407,3	407,3	406,7	441,0	441,9	440,1	434,6	435,7	433,9	425,9	420,2	416,2
Reuter's Index	18. 9. 31 = 100	"	482,6	484,0	478,8	481,2	482,5	504,5	502,2	504,5	502,9	506,0	503,6	494,5	489,8	489,2
DIW-Index 7)	1938 = 100	Mi	295,9	296,7	297,6	299,1	299,6	316,3	314,7	314,5	314,1	318,1	317,1	311,9	311,8	311,4
dar. Nahrungs- und Genußmittel	"	"	280,8	282,5	284,8	287,1	289,7	319,2	316,9	321,5	323,5	331,7	331,1	323,0	321,1	321,5
Textilrohstoffe	"	"	335,0	338,8	340,1	342,5	342,1	360,9	358,6	355,2	354,7	359,7	359,7	359,1	357,1	357,1
Metalle	"	"	329,2	329,2	328,4	328,5	329,8	304,3	304,1	300,0	299,1	299,4	296,4	293,8	287,6	286,1
<i>Preise</i>																
Weizen, hardw. II, loco, New York	cts je 60 lbs	"	262,25	260,63	260,80	260,75	263,38	281,0	280,0	283,75	282,75	284,33	284,50	282,88	297,88	282,63
Kaffee, Santos 4, loco, New York	cts je lb	"	53,25	53,50	54,00	56,25	57,75	60,50	60,50	60,50	61,00	61,00	61,25	60,75	60,50	61,00
Wolle, Kammz., Cr. 48's, loco, Bradford	d je lb	"	83,00	83,00	83,00	82,00	82,00	92,00	92,00	87,00	87,00	90,00	90,00	90,00	90,00	90,00
Baumwolle, middl. 15/16, loco, New York	cts je lb	"	34,90	35,40	35,55	35,95	36,50	3								